Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger — **Sächs. Landeszeitung**

Illustr. Sonntagsbeilage — Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna 2c.

Erscheint wöchentlich 3 mal: **Dienstag, Donnerstag** und **Sonnabend**, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige ausschließlich des Postbestellgeldes. Anzeigenpreis: die fünfgespaltene Korpuszeile 15 Pfg. Amtlicher Teil sechsgespaltene Zeile 20 Pfg. Reklamezeile 30 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 58. — Donnerstag, 17. Mai 1917. — 28. Jahrgang.

Amtliches.

Höchstpreise für den Kleinverkauf von Vollmilch und Magermilch.

Auf Grund der Verordnung des Königlichen Ministerium des Innern über Milchhöchstpreise vom 7. Mai 1917 werden für den Bezirksverband der Königlichen Amtshauptmannschaft Grimma einschließlich der Städte mit rev. Städteordnung folgende Kleinverkaufshöchstpreise festgesetzt:

1. für **Vollmilch** beim Verkauf ab Stall 26 Pfg. für das Liter,
   - „ „ durch den Erzeuger frei Haus 28 Pfg. für das Liter,
   - „ „ im Laden 30 Pfg. für das Liter;
2. für **Magermich** „ „ ab Stall 16 Pfg. für das Liter,
   - „ „ durch den Erzeuger frei Haus 18 Pfg. für das Liter,
   - „ „ im Laden 20 Pfg. für das Liter.

Die Gemeinde Borsdorf ist als Vorort von Leipzig im Sinne der genannten Ministerialverordnung anerkannt worden.

Den Stadträten zu Grimma und Wurzen sowie dem Gemeindevorstande zu Borsdorf bleibt nachgelassen, innerhalb der Grenzen der genannten Ministerialverordnung die Höchstpreise heraufzusetzen.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M. bestraft.

Grimma, 15. Mai 1917. L. 2925.

Für den Bezirksverband der Königlichen Amtshauptmannschaft:
Amtshauptmann v. Bose.

Landessperrkarte für Magermilch, Quark und Käse.

§ 1. Im Laufe dieser Woche werden die Gemeinden die durch Ministerial-Verordnung eingeführten Landessperrkarten für Magermilch, Quark und Käse ausgeben. Vom Zeitpunkte der Kartenausgabe an dürfen Magermilch, Buttermilch, Quark und alle Arten von Käse nur noch gegen die jeweils gültigen Abschnitte dieser Karte abgegeben oder entnommen werden.

Die Karte ist nur gültig im Ausgabeorte nebst etwa zugehörigen selbständigen Gutsbezirk. Gehören mehrere Gemeinden zu einem gemeinsamen Butterversorgungsbezirke, so gilt sie auch in den zugehörigen Orten.

§ 2. Die 4 für einen Kalendermonat geltenden Kartenabschnitte haben den ganzen Monat über Gültigkeit. Es können auf sie bis zu 4 Liter Mager- oder Buttermilch **oder** bis zu 1 Pfund Quark **oder** bis zu ¼ Pfund Käse entnommen werden.

Ein Anspruch auf Lieferung besteht nicht.

§ 3. In Gastwirtschaften, Speiseanstalten usw. dürfen Magermilch, Buttermilch, Quark und Käse **zum sofortigen Verzehr** bis auf weiteres ohne Marken abgegeben werden.

§ 4. Milchselbstversorger (Kuhhalter nebst ihren Haushalts- und Wirtschaftsangehörigen) erhalten keine Karten.

§5. Die Kartenabschnitte hat der Verkäufer abzuschneiden, bei Entnahme von weniger als 1 Liter Magermilch oder Buttermilch aber den Ausdruck [¼] zu durchstreichen.

§ 6. Weitere Vorschriften über den Aufkauf von Quark und Käse werden demnächst getroffen werden.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Grimma, 15. Mai 1917. L. 2924.

Für den Bezirksverband der Königlichen Amtshauptmannschaft:
Amtshauptmann v. Bose.

Verbot der Kartoffelverfütterung.

Verordnungsgemäß wird erneut in Erinnerung gebracht, daß das **Verfüttern von Kartoffeln durch Reichsvorschrift allgemein verboten** ist.

Lassen sich Kartoffeln, die weder zur Menschennahrung noch zur Verarbeitung in einer Trockenanlage oder einem Fabrikbetriebe (z. B. Brennerei) geeignet sind, nicht anders verwerten, so ist beim Bezirksverbande um Erlaubnis zur Verfütterung nachzusuchen. Die Gesuche sind durch Vermittlung der Gemeindebehörden bez. mit pflichtmäßiger Bescheinigung des Gutsvorstehers versehen einzureichen.

Verfütterung von Kartoffeln ohne Genehmigung des Bezirksverbandes wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Grimma, 15. Mai 1917. K 180 c.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Polizeistunde.

Nach Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern ist der Spielschluß der Lichtspielhäuser während der Sommerzeit auf 11 Uhr nachts festgesetzt und die Beschränkung des Beginns der Vorführungen auf eine bestimmte Nachmittagsstunde aufgehoben worden.

Grimma, 14. Mai 1917. E II 972.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Die **Staatseinkommen-** und **Ergänzungssteuern** auf den 1. Termin 1917, sowie die **Stempelsteuer** sind fällig und bis spätestens den

21. Mai 1917

an die hiesige Stadtsteuereinnahme zu bezahlen.

Naunhof, am 4. Mai 1917.

Der Stadtrat.

Stadtgemeinderatssitzung

Freitag, den 18. Mai 1917, abends ½8 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verbandsversammlung des Landespensionsverbands sächs. Gemeinden.
2. Haftpflichtversicherung der Stadtgemeinde.
3. Gesuch des Leipziger Heims für gebrechliche Kinder um Bewilligung eines Beitrags.
4. Entschließung über Verpachtung oder eigener Verwertung der Obstnutzungen.
5. Kriegsversicherung eines Stadtgemeinderatsmitgliedes.
6. Abschluß des diesjährigen Haushaltplanes.
7. Besteuerung der Stadtgemeinde.
8. Nachforschung über den hohen Wasserverbrauch.
9. Beschleusungssachen.
10. Lebensmittelfragen.

Papier-Sammelwoche.

Das stellvertretende Generalkommando bittet auch in diesem Jahre um **Zeitungspapier als Strohersatz zum Füllen der Bettsäcke.**

Die Königl. Ministerien des Innern und des öffentlichen Unterrichts haben die Genehmigung zur Veranstaltung der Sammlung und zur Mitwirkung sämtlicher Schulen erteilt.

Die Einwohnerschaft wird inständigst gebeten, das Sammelwerk opferwillig zu unterstützen und **Zeitungspapier in der Bürgerschule an den Hausmann abzugeben** oder es für **Freitag und Sonnabend zur Abholung** in den Wohnungen und Geschäftsräumen bereit zu halten.

Mit der Einsammlung werden Schüler der Oberklassen beauftragt, die einen Ausweis mit dem Schulstempel haben.

Naunhof, den 16. Mai 1917.

Schäfer, Schuldirektor.

Stangen-Versteigerung.

Im **Ratskeller zu Naunhof** sollen **Montag, den 21. Mai von vorm. ½10 Uhr an**

355 Derbstangen 8/10 cm Unterst.
1550 Reisstangen 3/7 „ „

aufbereitet in Abteilung 43, gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Königl. Forstrevierverwaltung Naunhof.

Die Kriegsziele im Reichstag.

(109. Sitzung.) CB. **Berlin,** 15. Mai.

In fieberhafter Spannung auf die zu erwartende Kanzlerrede geht alles Interesse für andere Dinge hilflos unter. Als Herr Roesicke die Rednerbühne einnimmt, um seine und seiner Freunde Kriegszielinterpellation zu begründen, drängen sich die Hörer um ihn. Doch sagt er wenig Neues. Aus Ungewißheit und Zweifel begehre die Nation nach Klarheit und Wissen. Ob Scheidemann wirklich führe und regiere, wie es den Anschein habe, oder ob Herr v. Bethmann eigenen Willen und Weg habe. „Ich frage den Kanzler: Quo vadis? Wohin gehst du?"

Herr Scheidemann fingt mit schneidender Schärfe das Gegenlied. Auch er fragt den Kanzler in feierlichem Tone: Verzicht oder Eroberung? Alldeutsch oder international? Fuhrmännisch oder Scheidemännisch? Würden Frankreich und England, wie Rußland es schon getan hat, auf Annexionen verzichten, und die deutsche Regierung werde um Eroberungsziele weiter kämpfen, so werde man die Revolution im Lande haben.

Nach dem sozialdemokratischen Führer erhebt sich der Reichskanzler. Er lehnt es ab, sich irgendwie, sei es auf Scheidemann, sei es auf Roesicke, festlegen zu lassen. Er habe es von jeher abgelehnt, sich an der Kriegszielerörterung zu beteiligen. Trotzdem habe man sein Schweigen mißdeutet, um ihn dadurch zum Reden zu drängen. Er lehne solches Drängen ab, und in dieser Stunde mehr als je. Die allgemeinen Richtlinien seiner Politik habe er scharf genug wieder und wieder gezeichnet. An denen halte er fest, fester als je. Darüber sei er einig mit unseren Verbündeten, diesseits und jenseits der Leitha. Wer anders erzähle, der fabuliere. Darüber sei er einig mit der obersten Heeresleitung. Aber auf ein Eroberungsprogramm lasse er sich von Herrn Roesicke so wenig festlegen, wie auf ein grundsätzliches Verzichten von Herrn Scheidemann, für dessen Revolutionsandrohung in dieser Stunde ihm jede Möglichkeit eines Verständnisses fehle. Er wolle nicht stehen und stehe nicht im Banne irgendeiner Partei, nur im Banne des deutschen Volkes. Er lehne Roesicke ab und lehne Scheidemann ab. Ein Eroberungsprogramm würde den Krieg verlängern; ein Verzichtprogramm würde ihn erst recht verlängern; und beides wäre Undank gegen unsere Kämpfer.

Es bleibt also alles wie es war. Rednerisch hatte Herr von Bethmann seit dem Kriegsbeginne keine glücklichere Stunde. Während er die äußerste Rechte und die äußerste Linke nacheinander und umeinander scharf von sich wies, schallte ihm von einem plötzlich für die blödesten Augen sichtbar gewordenen Block der Mitte, einer Mehrheit von Fortschrittlern, Nationalliberalen, Zentrum und deutscher Fraktion, gewaltiger Beifall zu. Man erkennt die deutlichen Umrisse einer Parteigruppierung für kommende Tage.

Sitzungsbericht.

Alle Tribünen waren schon lange vor Beginn der Sitzung gedrängt voll, auch die Hofloge wies starken Besuch auf und nur unten der Saal füllte sich langsam und ganz allmählich. Am Bundesratstisch hatte Vizekanzler Dr. Helfferich mit den übrigen Staatssekretären Platz genommen. Vereinzelt sah man auch Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums, so die Minister v. Loebel und Dr. Lentze. Der Reichskanzler erschien erst im Saal, als Abg. Dr. Roesicke zur Begründung der konservativen Interpellation das Wort nahm. Bis dahin dauerte es aber geraume Zeit, denn zunächst mußten nicht weniger als

sechs Anfragen

erledigt werden. Obwohl der Inhalt der Anfragen des Interesses nicht entbehrte, herrschte im Saal die größte Unruhe, die der Präsident auch durch anhaltendes Schwingen der Glocke nicht dämpfen konnte. Nach den mehr oder weniger entgegenkommend beantworteten Anfragen, die ein Verbot sozialdemokratischer Frauenversammlungen in Stettin, Magdeburg und Cassel, die Verhaftung polnischer Sozialisten in Warschau, die Verschickung von Hunderten von Polen nach Deutschland, die rechtzeitige Bereitstellung von Baustoffen nach Friedensschluß für die Zwecke des Wohnungsbaues, die Beurlaubung von thüringischen Landtagsabgeordneten zu den parlamentarischen Tagungen und eine größere Vereinfachung bei der Einführung von Textilwaren betrafen, wurde der Nachtragsetat, der die erforderlichen Mittel zur Vorbereitung eines deutschen Wasserstraßennetzes bereitstellt, in allen drei Lesungen ohne jede Debatte verabschiedet.

Die konservative Interpellation.

Der in letzter Stunde für den Grafen Westarp als Redner eingetretene Abg. Dr. Roesicke nahm das Wort und ging ohne jeden Umweg gleich auf die Sache selbst, nämlich auf den Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses, ein. Er machte der Regierung den Vorwurf, daß sie bei der Erörterung der Kriegszielfragen in der Öffentlichkeit die sozialdemokratische Partei vor allen anderen Parteien bevorzugt habe. Dem Reichskanzler selbst sagte er nach, daß er das Kaiserwort „Ich kenne keine Parteien mehr" durch seine Kriegspolitik praktisch außer Kurs gesetzt habe und daß er den Siegeswillen der Obersten Heeresleitung anscheinend nicht teile. Diese Worte, die auf der Linken und bei den Mittelparteien großen Widerspruch hervorriefen, wurden vom Präsidenten Dr. Kaempf als eine Beleidigung des Reichskanzlers und als gegen die Ordnung des Hauses verstoßend zurückgewiesen. Im übrigen trat die Rede Dr. Roesickes ein für einen deutschen Frieden. Er lehnte den Scheidemannfrieden als verhängnisvoll und gefährlich für unser Vaterland ab und verlangte Macht- und Gebietserweiterung sowie eine ausreichende Kriegsentschädigung. Dr. Roesicke griff die propagandistische Tätigkeit des Abg. Scheidemann heftig an. Heftiger Protest aus den Reihen der Sozialdemokraten und begeisterte Zustimmung von der rechten Seite des Hauses unterbrachen die Ausführungen des Redners mehrfach und ebenso mischten sich Beifall und Widerspruch beim Schluß der Darlegungen des konservativen Redners.

Die sozialdemokratische Interpellation.

Nach Dr. Roesicke begründete der Abg. Scheidemann die Interpellation seiner Genossen. Scheidemann bezeichnete die alldeutsche Bewegung und ihre Ziele als kriegsverlängernd und völlig undurchführbar. Er sprach von der „alldeutschen Porzellanladenpolitik", die im Auslande ein ganz falsches Bild über Deutschland hervorgerufen habe und er rechnete vor, welche ungeheuren Blutopfer und wieviel Milliarden auch nur 100 Tage Kriegführung über den Tag des vorher möglichen Verständigungsfriedens hinaus kosten würden. Diese Opfer aber würden nach Ansicht des sozialdemokratischen Führers vollständig vergeblich gebracht sein, denn auch dann werden unsere Feinde nicht so niedergeworfen sein, daß sie sich einen Frieden von Deutschland diktieren lassen. Der Redner verlangte von der Regierung eine unzweideutige Erklärung zu einem Verständigungsfrieden und er erwähnte bei einer Fortsetzung des Krieges zu Eroberungszwecken die mögliche Revolution im Lande. Hier entstand eine unerhörte Lärmszene, auf der Rechten ertönten laute Pfuirufe und Präsident Dr. Kaempf rief den Redner zur Ordnung. Scheidemann schloß seine Rede mit einem Dank an seinen dänischen Parteigenossen Borgbjerg für seine Vermittlungstätigkeit in Petersburg.

Die Antwort des Kanzlers.

Eine programmatische Erklärung über die Kriegsziele im gegenwärtigen Augenblick würde den Interessen des Friedens nicht dienen, ich muß sie ablehnen. Um mich zum Reden zu zwingen, hat man aus meinem Schweigen zu den Kriegszielerklärungen einzelner Parteien meine Zustimmung dazu gefolgert, obgleich ich bei Freigabe der Kriegszielerörterung ausdrücklich erklären ließ, daß die Regierung sich daran nicht beteiligen werde. Ich verwahre mich dagegen, daß aus dem Schweigen der Regierung irgendwelche Schlüsse gezogen werden.

Mehr als die von mir wiederholt ausgesprochenen allgemeinen Grundlinien kann ich nicht sagen. Sie waren deutlich genug und sie haben in dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 feierlichen Ausdruck gefunden. Es ist eine Fabel, als ob Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und unseren Verbündeten bestünden. (Stürm. Beifall.)